

zustimmen muss, sondern weil dieser Einsatz auch und gerade die Zustimmung der Bevölkerung benötigt. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger sich nicht hinter einer undurchdringlichen Mauer der Ablehnung verschanzen, sind sie bereit zuzuhören, können es überhaupt erst. Dann könnte ihnen die Sorge genommen werden, deutsche Soldaten wären dort als Besatzer, oder würden für ein aussichtsloses Unterfangen geopfert, Geld, das hier in Deutschland so dringend benötigt wird, würde in Afghanistan ohne Wirkung versickern, um nur einige Vorbehalte zu nennen. Sie würden hören, dass es nicht darum geht, den Afghanen ein Leben nach west-

lichem Muster aufzuzwingen, nicht nur weil es vermessen und falsch wäre, sondern weil wir damit auch keinen Erfolg hätten. Richtig ist doch vielmehr, dass wir dort sind, weil wir mit unseren Partnern die Freiheit verteidigen, auf der Grundlage unserer Wertvorstellungen zu leben. Dazu gehört unabdingbar eine freie, offene Gesellschaft, in der Bürgerrechte gewahrt bleiben, und, dass wir vor überflüssigen Einschränkungen geschützt sind. Da, wo sie drohen, müssen wir ihnen beherzt entgegenreten. Das wird umso überzeugender geschehen können, je größer die Bereitschaft ist, vor den tatsächlichen Gefährdungen nicht die Augen zu verschließen.

Michael F. Harsch

Verkürzte Debatte, mangelhafte Strategie

Warum der Afghanistan-Einsatz kaum öffentliche Zustimmung findet

Unmittelbar nach den erschütternden Anschlägen vom 11. September 2001 unterstützte noch eine deutliche Mehrheit der Deutschen ein militärisches Engagement in Afghanistan. Doch schon seit Jahren ist die Stimmung gekippt. Eine stabile Mehrheit der Deutschen lehnt den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ab. Inzwischen befürworten in Umfragen sogar etwa 70 % der Bevölkerung einen Abzug. Warum findet der Afghanistan-Einsatz so geringe Zustimmung in Deutschland?

Michael F. Harsch

(* 1981) promoviert im Fach Politikwissenschaften an der FU Berlin und ist Sprecher des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der Stipendiatinnen und Stipendiaten der FES. 2008/09 war er Visiting Fellow an der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University in Washington, DC.
michael.harsch@fu-berlin.de



Zunächst gilt es sich vor Augen zu führen, dass die Bundeswehr bis 1990 an keinem Auslandseinsatz beteiligt war. Nach den Kontroversen über Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebiets (*out-of-area*) Anfang der 90er Jahre beteiligte sich die Bun-

desrepublik im Rahmen der Luftschläge gegen das ehemalige Jugoslawien 1999 zum ersten Mal an einem Kriegseinsatz. Der seit 2002 andauernde »Stabilisierungseinsatz« im Tausende von Kilometern entfernten Afghanistan ist in den letzten Jahren zu einem Guerillakrieg mit einer erstarkten Aufstandsbewegung eskaliert. Inzwischen sind fast viereinhalbtausend deutsche Soldaten im Land stationiert.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben die politischen Eliten eine (partielle) Neudefinition des außenpolitischen Selbstverständnisses Deutschlands durchgesetzt. Dabei wurde insbesondere im Falle Afgha-

nistans versäumt, auch in der Bevölkerung Akzeptanz für Deutschlands neue Rolle in der Welt und seinen dramatisch veränderten Umgang mit militärischer Gewalt zu schaffen. Um die Menschen von der Notwendigkeit des ersten Kampfeinsatzes der Bundesrepublik außerhalb Europas zu überzeugen, müsste das militärische Engagement besonders sorgfältig und nachhaltig begründet sein.

Dieser Aufgabe ist die politische Klasse jedoch nicht gerecht geworden. Es ist bezeichnend, dass die Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Struck aus dem Jahr 2002, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt, als einziger Debattenbeitrag eines führenden deutschen Politikers in Erinnerung geblieben ist. Laut einer Befragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr wusste die Mehrheit (56 %) der Deutschen 2008 »nichts Konkretes« über die Operation der internationalen Truppen in Afghanistan (ISAF) oder hatte »noch nie davon gehört«. Bundeskanzlerin Angela Merkel gab erst im September 2009 nach vier Jahren im Amt ihre erste Regierungserklärung zur derzeit wohl größten außenpolitischen Herausforderung Deutschlands ab.

Die aktuelle Debatte, ob es angemessen ist, in Afghanistan von Krieg zu sprechen, ist wichtig. Auch die direktere und offenere Kommunikation des neuen Verteidigungsministers zu Guttenberg ist zu begrüßen. Allerdings droht aus dem Blick zu geraten, dass die Auseinandersetzung mit den Taliban nicht (allein) mit militärischen Mitteln zu gewinnen ist. Auch bessere Kommunikation kann auf Dauer nicht überdecken, dass Deutschland und seine internationalen Partner bislang keine substanzielle Strategie besitzen, um einen tragfähigen politischen Prozess und wirtschaftliche Entwicklung in Afghanistan zu erreichen. Beides wird letztlich entscheidend dafür sein, ob es gelingt, dauerhaften Frieden im Land und damit regionale und internationale Sicherheit zu schaffen.

Das neue Mantra, eine »Übergabestrategie in Verantwortung« durch den beschleunigten Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte in Verbindung mit zahnlosen Forderungen nach weniger Korruption zu verfolgen, greift viel zu kurz. Es wird noch Jahre dauern, bis die afghanische Polizei und das afghanische Militär in der Lage sein werden, rudimentäre Sicherheit nach innen und außen zu gewährleisten. Die westlichen Staaten haben nicht die Rahmenbedingungen für einen politischen Prozess geschaffen, der unbelastete und kompetente afghanische Führungskräfte hervorbringen könnte, anstatt der Herrschaft von Warlords ein scheinbar demokratisches Antlitz zu verleihen. So droht das Militär als stärkste unter den schwachen afghanischen Institutionen mittelfristig zum »Staat im Staate« zu werden, der von der Politik nicht mehr kontrolliert werden kann.

Das fundamentale Problem der neuen »Strategie« für den Afghanistan-Einsatz ist jedoch, dass sie eigentlich gar keine Strategie ist. Es wird ein Mittel beschrieben, es fehlt jedoch an einer Gesamtkonzeption, die auf ein langfristig angestrebtes Ziel gerichtet ist. Die Vorstellung, dass die afghanische Regierung bald völlig souverän ihre Regierungsgeschäfte ausüben kann, ist illusorisch. Ohne überzeugendes Gesamtkonzept für den politischen Prozess und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wird die Unterstützung für den Einsatz nicht nur in Deutschland weiter abnehmen.

Die nächsten zwei Jahre dürften für den Afghanistan-Einsatz entscheidend sein. Der Abzug der niederländischen und kanadischen Soldaten bis Ende 2011 ist wahrscheinlich und auch US-Präsident Obama dürfte vor den Wahlen 2012 unter Druck geraten, das amerikanische Engagement zu reduzieren. Die kommenden 24 Monate sollten deshalb mit vollem Ressourceneinsatz für wichtige Weichenstellungen genutzt werden.

Erstens sollte das übermäßig zentralisierte und auf die Person Hamid Karzai zugeschnittene politische System reformiert und Verantwortung an regionale und lokale Verwaltungen übertragen werden. Dies schränkt Machtmissbrauch ein und kann dazu führen, dass mehr internationale Gelder vor Ort ankommen und öffentliche Dienstleistungen erbracht werden. Verhandlungsbereite Aufständische müssen in diesen Prozess eingebunden werden. Zweitens, Korruption und Amtsmissbrauch von Politik, Justiz und Polizei müssen konsequent bestraft werden, um Akzeptanz für die staatlichen Institutionen in der Bevölkerung zu schaffen. Drittens, die Modernisierung der Landwirtschaft muss vorangetrieben werden und der Anbau von Produkten jenseits von Schlafmohn durch gezielte Subventionen attraktiv gemacht werden. Am Ende sollte ein Staatsgebilde ste-

hen, dessen Regierung Sicherheit und einen allgemeinen Rechtsrahmen garantiert und dessen Provinzen weitgehende Autonomie genießen, um Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Die letzten acht Jahre waren dominiert von hektischem Krisenmanagement statt von nachhaltiger Planung und ernsthafter Debatte. Wenn Deutschlands politische Elite auch in Zukunft versucht, den unpopulären Einsatz mit möglichst geringen Verlusten auszusitzen, wird dies zu einem weiteren Akzeptanzverlust in der Bevölkerung führen. So könnte der Einsatz nach einem tödlichen Anschlag auf die Bundeswehr in einem überstürzten Rückzug enden. Ein fluchtartiger Abzug dürfte jedoch eine Kettenreaktion in der NATO auslösen und in Afghanistan zu einem blutigen Bürgerkrieg mit katastrophalen humanitären Folgen führen.